

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/704 –**

Strategiewechsel in der Entwicklungspolitik – Entwicklungszusammenarbeit im deutschen Interesse

A. Problem

Die Antragsteller stellen fest, dass die deutsche Entwicklungspolitik der letzten Jahrzehnte gescheitert sei und die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) weder Deutschland noch den Partnern Vorteile erbracht hätte. Sie missachte vielmehr den Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und damit, nach Auffassung der Antragsteller, das in der christlichen Soziallehre verankerte Subsidiaritätsprinzip. Man müsse die deutsche EZ von Grund auf neu ausrichten, und hierbei solle als Rahmen ein klares Gegenseitigkeitsverhältnis festgelegt werden, bei dem die eigenen Interessen formuliert und die Leistungsfähigkeit sowie Eigenverantwortung der Partner anerkannt werden müssten. Deutschland habe dabei vornehmlich die wirtschaftlichen, migrations- und sicherheitspolitischen Interessen zu vertreten. Nach Auffassung der Antragsteller müsse die Entwicklungsverwaltung und die „entwicklungspolitische Akteurslandschaft“ erneuert werden, da die EZ ansonsten zum reinen Selbstzweck einer „Entwicklungshilfe-Industrie“ verkomme.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/704 abzulehnen.

Berlin, den 11. Mai 2022

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Stellv. Vorsitzender

Sanae Abdi
Berichterstatterin

Volkmar Klein
Berichterstatter

Deborah Düring
Berichterstatterin

Till Mansmann
Berichterstatter

Markus Frohnmaier
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sanae Abdi, Volkmar Klein, Deborah Düring, Till Mansmann und Markus Frohnmaier

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/704** in seiner 17. Sitzung am 17. Februar 2022 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, die deutsche Entwicklungspolitik, die sich an den Zielen der Agenda 2030 orientiert, sofort zu beenden. Das von den Vereinten Nationen (VN) festgelegte Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) auszugeben, solle nicht weiter verfolgt werden.

Darüber hinaus solle die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit der sogenannten Zivilgesellschaft im Bereich der Entwicklungspolitik reduzieren und in weiten Teilen ganz einstellen.

Im Rahmen der Neuausrichtung der EZ fordern die Antragsteller, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) organisatorisch, administrativ und personell zu straffen und die Globalbewilligungen an die kirchlichen Träger zu streichen.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) solle im Bereich der internationalen Entwicklungsfinanzierung gestärkt werden, um dem Aufbau einer europäischen Entwicklungsbank entgegenzutreten. Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) solle zur zentralen Evaluierungsinstanz der EZ aufgewertet und finanziell gestärkt werden.

Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, dem Haushaltsausschuss sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) des Deutschen Bundestages jährlich unaufgefordert und transparent über die geförderten Einzelmaßnahmen zu berichten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/704 in seiner 12. Sitzung am 11. Mai 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/704 in seiner 14. Sitzung am 11. Mai 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/704 in seiner 11. Sitzung am 11. Mai 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Die **Fraktion der AfD** stellt dar, dass der Antrag im Wesentlichen auf eine Änderung der deutschen EZ abziele. Man kritisiere seit einigen Jahren eine Fragmentierung, denn es gebe zu viele Verantwortliche. Deshalb müsse

endlich eine Konzentration in einem Haus stattfinden. Außerdem müsse die Auffassung, dass immer weitere Haushaltsaufwüchse alles besser machen würden, eingestellt werden. Man betreibe seit mehr als 45 Jahren EZ, aber die Verhältnisse in vielen Partnerländern hätten sich nicht verbessert, sondern teilweise sogar verschlechtert, wie beispielsweise in Madagaskar. Wenn man die Frage stelle, ob das alles funktioniere, dann sei die einzige Antwort, dass man die Länder weiter mit Almosen versorgen wolle. Das sei jedoch keine Hilfe zur Selbsthilfe, und es habe auch nichts mit christlicher Soziallehre zu tun. Deshalb wolle die Fraktion der AfD endlich die Zahl der Partnerländer reduzieren und nur noch mit denen zusammenarbeiten, die Willens seien, bestimmte Punkte umzusetzen. Man sollte außerdem sehr deutliche Ziele definieren, die im deutschen Interesse liegen würden. Deswegen wolle man konkret die KfW stärken und lehne gleichzeitig andere europäische Entwicklungsbanken ab. Man wolle das DEval aufwerten, denn man brauche ein starkes Evaluierungsinstitut, um die EZ zu kontrollieren. Dazu gehöre auch ein starkes Parlament, das entsprechende Kontrollbefugnisse habe. Die Fraktion der AfD bedauere es nach wie vor, dass man rechtlich gegen das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgehen müsse, um eine Übersicht der Qualitätskontrollen für die GIZ zu erhalten. Wenn die Wirtschaftlichkeit bei hohen Staatsaufträgen teilweise deutlich unter 50 Prozent liege, dann müsste das Parlament hier direkten Einblick nehmen können.

Die **Fraktion der SPD** hebt hervor, dass der vorliegende Antrag der schlechteste der Fraktion der AfD wäre. Die EZ solle wieder einmal revolutioniert werden, indem die Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik an der Agenda 2030 sofort beendet werde. Dem widerspreche die Fraktion der SPD klar und deutlich, denn die Agenda 2030 verbinde die sozialen Fragen mit den Aspekten des Klima- und Ressourcenschutzes und setze somit den politischen Rahmen für die Leitlinien der internationalen Zusammenarbeit. Jeder und jede sollte erkannt haben, dass das wichtiger denn je sei. Dann fordere die Fraktion der AfD, nicht mehr am 0,7-Prozent-Ziel festzuhalten und die Ausgaben für die ODA deutlich zu senken. Das zeige, dass die Antragsteller weiterhin kein Verständnis für die dringenden Bedarfe hätten und die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit nicht verstehen würden. In dem Antrag werde an die Eigenverantwortung appelliert, aber dabei werde vergessen, dass zunächst bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden müssten, wie politische und ökonomische Rahmenbedingungen, damit Eigenverantwortung überhaupt möglich wäre. Man benötige die Kontrolle über den Zugang zu den Ressourcen und Fähigkeiten, Kenntnisse und Wissen in vielen Bereichen, um sich selbst helfen zu können; alles andere sei zu kurz gedacht und weltfremd. Die Fraktion der SPD vertrete die Ansicht, dass die Zivilgesellschaften bei der Förderung von Demokratie und bei der Verteidigung von Menschenrechten eine ganz große Rolle spielten, und deshalb müsse man sie selbstverständlich immer mitdenken. Dazu brauche man auch eine progressive und multilaterale EZ und ein starkes BMZ, und man lehne diesen Antrag selbstverständlich ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass der Erfolg von EZ nicht nur vom Geld abhängen, wiewohl es dazu gehöre. Selbstverständlich würden alle über Verbesserungen bei der EZ nachdenken und diese auch umsetzen. Dazu gehörten auch Überlegungen, wie man sich organisatorisch noch besser aufstellen könnte, um die bisherigen Erfolge zu vergrößern. Der vorliegende Antrag sei dafür aber keine Basis, denn dort werde nur apodiktisch festgestellt, dass die deutsche Entwicklungspolitik gescheitert sei und Deutschland und den Partnerländern sogar geschadet habe. Das sei komplett falsch. Aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU sei die EZ wertvoll, nicht nur aus ideellen oder christlichen Gesichtspunkten, sondern weil sie auch dem deutschen Interesse diene. Wenn man nämlich in Westafrika weniger tun würde und es am Ende zu Sicherheitsdefiziten käme, dann wäre das der falsche Weg. Man müsse die Entwicklungspolitik bestimmt verbessern, aber sie müsse fortgesetzt werden, zumal sie auch im deutschen Interesse sei. Die Fraktion der CDU/CSU lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** ergänzt, dass die Antragsteller in Bezug auf die Zusammenhänge von internationalen Organisationen und Handelsstrukturen sowie im Hinblick auf die internationalen, außenpolitischen und entwicklungspolitischen Fragestellungen, auch im Bereich des Multilateralismus, vieles nicht verstanden hätten. Der vorliegende Antrag stehe diametral zu der Position der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es werde von den Antragstellern immer wieder das Thema Evaluierungen durch das DEval aufgebracht, obwohl es bereits eine Vielzahl von Evaluierungen gebe. Diese würden aufzeigen, wie man Entwicklungspolitik strukturell anders angehen könnte und was man verändern müsste, damit sie wirksamer würde. Sie kämen allesamt zu einem Ergebnis, das von der Position der Fraktion der AfD abweiche. Es werde in diesem Antrag betont, dass es keine Transparenz beim BMZ, der KfW und der GIZ gebe, was sich an keinem Punkt verifizieren lasse, denn Anfragen würden immer sehr ausführlich und schnell beantwortet, und zudem gebe es Internetseiten, auf denen man sich detailliert informieren könne. Dieser Antrag mache deutlich, wo die AfD stehe und zeige außerdem

deren nationalistische Ausrichtung. Diese Partei habe nicht verstanden, Verantwortung zu übernehmen und globale Gerechtigkeit voranzutreiben, und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne diesen Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** zeigt auf, dass der vorliegende Antrag deutlich mache, was herauskomme, wenn jemand Politik in einem Bereich machen müsse, den er nicht bearbeiten wolle. Die Fraktion der AfD lehne es eigentlich grundlegend ab, sich mit den Fragen und Inhalten der Entwicklungspolitik zu beschäftigen, und sie habe für sich die Lösung entwickelt, das Ganze rückwärtsgewandt zu betrachten. Wenn man die globalen Herausforderungen nicht sehen wolle, dann könne man nur schlecht nach vorne blicken und sie lösen. Es wäre falsch, zu behaupten, dass EZ die Entwicklung in der Welt nicht verbessert hätte. Es gebe viele Aspekte, wo man Positives beobachten könne. Trotz wachsender Bevölkerung sei die Anzahl der hungernden Menschen zurückgegangen und der globale Wohlstand gestiegen. Man könne eindeutig sehen, dass es in den 1980er und 1990er Jahren viel größere Probleme, gemessen an der Bevölkerungsanzahl, gegeben hätte. Die Tatsache, dass die negativen Zahlen aktuell wegen neuer und größerer Krisen wieder ansteigen würden, müsse alle motivieren, die Arbeit fortzusetzen und entsprechend anzupassen. Man dürfe nicht zurückschauen und zurückgehen, sondern müsse nach vorne schauen und voranschreiten. Die Fraktion der FDP lehne diesen Antrag ab.

Berlin, den 11. Mai 2022

Sanae Abdi
Berichterstatteerin

Volkmar Klein
Berichterstatte

Deborah Düring
Berichterstatteerin

Till Mansmann
Berichterstatte

Markus Frohnaier
Berichterstatte

